

Höchstspannungsleitung

Osterath – Philippsburg

Gleichstrom Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPIG („Ultranet“)

Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ)

Abschnitt Pkt. Koblenz – Pkt. Marxheim

Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG

– Wasserrechtliche Belange –

Register 26.6

Bundesland Rheinland-Pfalz, Bundesland Hessen

Auftraggeber: Amprion GmbH
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund
Ansprechpartner: Christoph Regner
Netzprojekte
Gleichstrom-Netzprojekte Ultranet

Auftragnehmer: TNL Energie GmbH
Raiffeisenstraße 7
35410 Hungen

Projektleitung: Dipl.-Biologin Brunhilde Göbel

Bearbeitung: Dipl. Umweltwissenschaften Lukas Huber
B. Sc. Geographie Shari Feyh

Hungen, Dezember 2024



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Tabellenverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis.....	3
1 Veranlassung und Hintergrund	4
2 Beschreibung der geplanten Baumaßnahme.....	6
3 Methodisches Vorgehen zur Bewertung einer möglichen Wasserhaltung.....	9
3.1 Beschreibung und Beurteilung der derzeitigen Situation	10
3.2 Geologie und Hydrogeologie im Untersuchungsraum.....	10
3.3 Flurabstand im Untersuchungsraum.....	13
3.4 Prognostizierte Wasserhaltungsmaßnahmen	15
4 Wasserrechtliche Erlaubnis (§ 8 Abs. 1 WHG) für Gewässerbenutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG)	16
5 Weitere wasserrechtliche Anträge	17
5.1 Heilquellenschutzgebiete (HQSG, § 53 Abs. 5 WHG).....	17
5.2 Wasserschutzgebiete (WSG, § 52 Abs. 1 WHG)	17
5.3 Überschwemmungsgebiete (ÜSG): Wasserrechtliche Genehmigung für bauliche Anlagen in ÜSG nach § 78 Abs. 5 WHG bzw. nach § 78a Abs. 2 WHG für die dort ausgeführten Handlungen.....	30
5.4 Gewässerrandstreifen: Befreiung von einem Verbot (§ 38 Abs. 5 WHG i.V.m. § 23 HWG, § 33 LWG) sowie wasserrechtliche Genehmigung für Anlagen in, an, über oder unter oberirdischen Gewässern (§ 36 WHG i.V.m. § 22 HWG, § 31 LWG).....	32
5.4.1 Errichtung/Änderung von baulichen Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern bzw. im Gewässerrandstreifen.....	32
5.4.2 Gehölzentnahmen im Gewässerrandstreifen.....	33
5.4.3 Weitere Verbotstatbestände gemäß § 38 WHG i.V.m. § 23 HWG und § 33 LWG	34
6 Literatur.....	35

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Start- und Endpunkte der Bl. 4127	4
Tabelle 2: Überblick Grundwasserflurabstände der Maststandorte mit geplanter Fundamentverstärkung der Bl. 4127 (aus: IFUA 2023)	15
Tabelle 3: Wasserschutzgebiete innerhalb des UR	17
Tabelle 4: Im Rahmen des Vorhabens erforderliche wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG für Überschwemmungsgebiete sowie Befreiung von den Verboten gemäß § 78a Abs. 2 S. 4 WHG in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hessen	30
Tabelle 5-3: Mastbereiche mit Eingriffen innerhalb des Gewässerrandstreifens von Fließ- und Stillgewässern.....	32
Tabelle 5-4: Mastbereiche mit Eingriffen in standortgerechte Gehölze im Gewässerrandstreifen von Fließ- und Stillgewässern.....	33

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verlauf der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Bl. 4127 bzw. Bl. 4503.....	5
Abbildung 2: Freilegen der Bohrpfahlfundamente (Bsp.: Zwillingbohrpfahl)	8
Abbildung 3: Prinzip von Mikrobohrpfahlfundamenten (Quelle: https://www.ischebeck.de/).....	8
Abbildung 4: Freigelegtes Betonfundament eines Eckstiels.....	9
Abbildung 5: Lage der Grundwasserkörper im näheren Umfeld des Vorhabens	13
Abbildung 6: Flurabstandskarte (©LGB-RLP 2023, dl-de/by-2-0, www.lgb-rlp.de) mit dargestelltem Trassenverlauf der Bl. 4127. BW: Bezugswasserstand (vgl. nachfolgende Tabelle). Im hessischen Teil liegen keinen flächendeckenden, amtlichen Daten vor.	14

1 Veranlassung und Hintergrund

Die Amprion GmbH plant die Errichtung und den Betrieb einer ± 380 -kV-Freileitung in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) sowie den temporären Drehstrombetrieb in dem ca. 77,5 km langen Abschnitt „Pkt. Koblenz – Pkt. Marxheim“ des Gesamtvorhabens „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“.

Innerhalb dieses Abschnitts ist geplant und wird beantragt, zwischen dem Pkt. Koblenz und dem Pkt. Marxheim (Länge ca. 77,5 km) bestehende Anlagen (Bestandsleitungen) zu nutzen und an diesen für die Umsetzung des Vorhabens notwendige Änderungen vorzunehmen.

Gegenständlich sind die folgenden Bestandsleitungen:

- **die bestehende 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Koblenz – Pkt. Immendorf, Bl. 4127,**
- **die bestehende 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Immendorf – Pkt. Marxheim West, Bl. 4127 und**
- **die bestehende 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Marxheim West – Pkt. Marxheim, Bl. 4503**

Der ± 380 -kV-Gleichstromkreis soll alternativ auch temporär als 380-kV-Drehstromkreis betrieben werden. Notwendige Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG sind in diesem Abschnitt nicht erforderlich. Im Zuge der Maßnahmen werden an 13 Maststandorten Fundamentverstärkungen durchgeführt. Es handelt sich um die Maststandorte Nr. 70, 77, 131, 139, 152, 165, 167, 169, 174, 185, 190, 192 und 196. Des Weiteren werden im Zuge der Maßnahmen an sieben Maststandorten Ersatzneubauten errichtet. Es handelt sich um die Maststandorte Nr. 1003, 1004, 1005, 1054, 1061, 1144 und 1163. Die Fundamentsanierungen und Errichtung der Ersatzneubauten finden ausschließlich in den Teilabschnitten Pkt. Koblenz – Pkt. Immendorf, Bl. 4127 und Pkt. Immendorf – Pkt. Marxheim West, Bl. 4127 statt.

Der Verlauf der Bl. 4127 ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt (s. Abb. 1).

Tabelle 1: Start- und Endpunkte der Bl. 4127

	Bauleitnummer	Mast-Nr.	WGS84 Koordinate	Fußpunkt Höhe m ü NHN
Startpunkt	Bl. 4127	1	50.385998, 7.597752	72,03
Endpunkt	Bl. 4127	223	50.0610440, 8.4325162	142,13

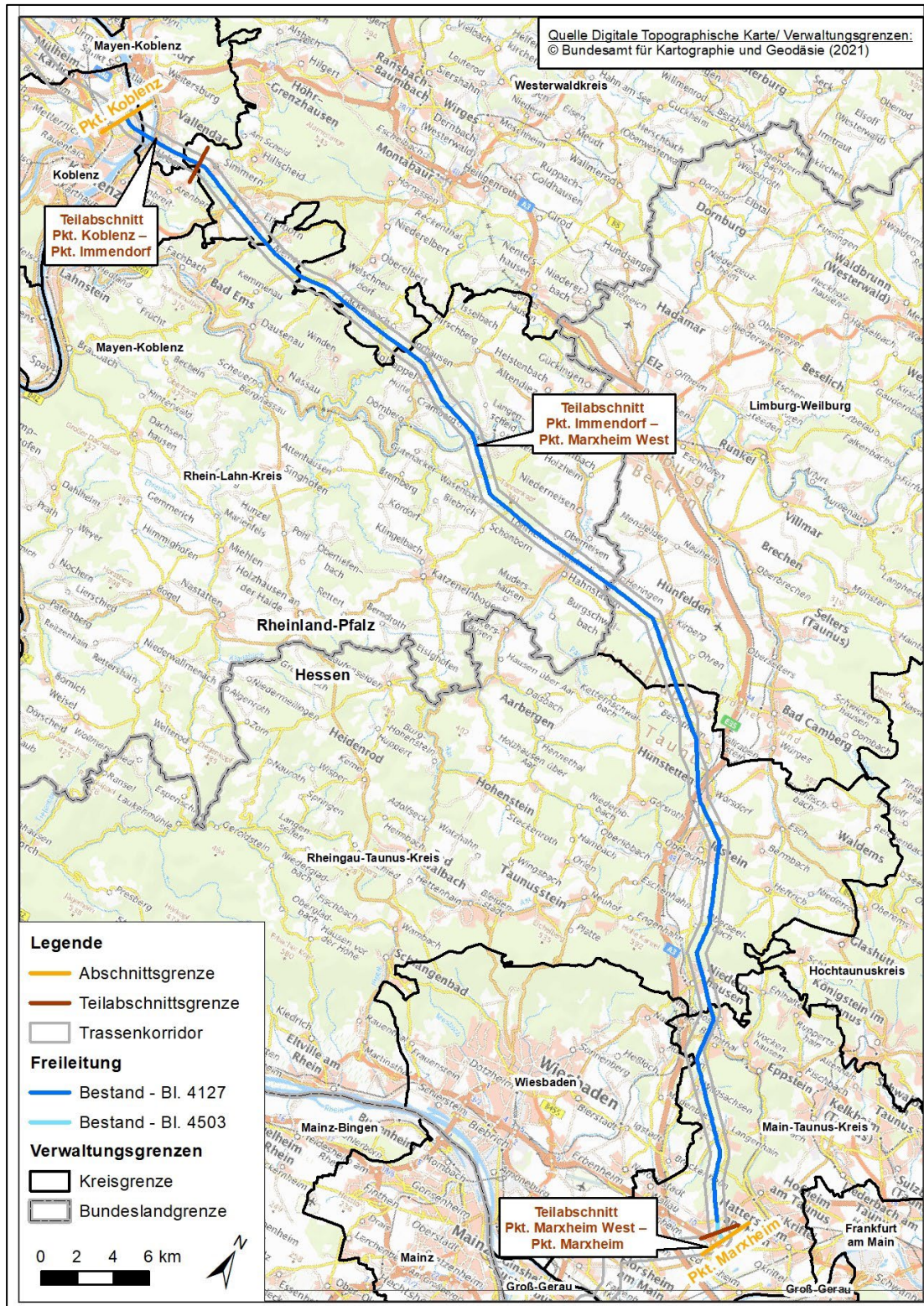


Abbildung 1: Verlauf der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Bl. 4127 bzw. Bl. 4503.

Die Baumaßnahmen in diesem Teilbereich erfolgen außerhalb von ausgewiesenen Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten. Einige Maßnahmen finden innerhalb von festgesetzten Wasserschutzgebieten statt.

Antragsteller: Amprion GmbH

Bearbeitung: Amprion GmbH/TNL Energie GmbH

Stand: Dezember 2024

Bei der Ausführung der erforderlichen Tiefbauarbeiten während der Verstärkung vorhandener Mastfundamente und dem Bau neuer Fundamente im Zuge der Errichtung von Ersatzneubaumasten können Wasserhaltungsmaßnahmen ausgeschlossen werden, da Maßnahmen zur Wasserhaltung nur notwendig sind, wenn das Schichtwasser bzw. Grundwasser im Zuge der Bauarbeiten in einer Tiefe von weniger als 2-4 m unter Geländeoberkante (bzw. geringer als rd. 0,50 m unterhalb der geplanten Gründungssohle oder der geplanten Rückbautiefe) ansteht und Stufen- oder Plattenfundamente für die Verankerung der Masten genutzt werden. Dies ist an keinem der Maststandorte der Fall, an welchen im Zuge des Vorhabens bauliche Maßnahmen entweder durch Fundamentsanierungen durchgeführt oder Ersatzneubaumasten errichtet werden. Alle Ersatzneubaumasten werden im Abschnitt D1 mit Zwillingsbohrpfahlfundamenten in den Untergrund eingebracht. Durch diese Form der Mastgründung und Herstellung des Fundaments als auch durch die lokal räumliche Ausdehnung des Grundwasserkörpers ist eine Wasserhaltung nicht notwendig (siehe Kap. 3.4). An den Maststandorten, an welchen eine Fundamentsanierung stattfinden muss, berührt das Stufen- bzw. Plattenfundament nicht den Grundwasserkörper, da dieser erst tiefer verortet ist. Somit ist eine Wasserhaltung ebenfalls nicht erforderlich.

Die TNL Energie GmbH wurde mit der Erstellung des wasserrechtlichen Fachbeitrages beauftragt.

Im Folgenden stellen wir die Ergebnisse der dazu benötigten Vorbewertung dar.

Rechtliche Grundlagen

Neben den Vorgaben des WHG sind die Landeswassergesetze (Landeswassergesetz (LWG) Rheinland-Pfalz und Hessisches Wassergesetz (HWG)) zu beachten.

2 Beschreibung der geplanten Baumaßnahme

Für die geplanten Ersatzneubauten sind Bohrfahlfundamente (Zwillingsbohrpfahl) geplant. Die Bohrfahlfundamentgründung stellt eine möglichst bodenschonende Fundamentform dar.

Die konkrete Herstellung eines Zwillingsbohrpfahlfundaments ist wie folgt zu beschreiben:

Beim geplanten Zwillingsbohrpfahlfundament erhält jeder der vier Maststeckstiele ein eigenes Fundament, bestehend aus zwei Bohrfählen mit einem Durchmesser von bis zu 1,5 m und je nach Tragfähigkeit der Bodenschichten einer Länge von bis zu 30 Meter. Die zwei Bohrfähle eines Maststeckstiels werden miteinander durch einen Betonriegel (ca. 3 m x 5 m) verbunden und mit einem Fundamentkopf (ca. 1,5 m Durchmesser) versehen.

Je Bohrfahl wird ein Stahlrohr mittels eines speziellen Bohrgerätes in den Boden gedreht und leergeräumt. Für den Fall, dass Bohrfähle ins Grundwasser reichen, werden die Bohrfähle mit chromatarmen Unterwasserbeton von unten aufbetoniert.

Das eingedrehte Stahlrohr stützt zum einen das Bohrloch und dichtet es gleichzeitig gegen seitlich eindringendes Grundwasser ab. Nach Einbringen einer Bewehrung in das Bohrloch erfolgt das Betonieren der Bohrfähle bei gleichzeitigem Ziehen des Stahlrohres. Der Bohraushub wird am Maststandort zwischengelagert und nach Abschluss der Arbeiten mit LKW abgefahren und fachgerecht entsorgt.

Die Maststandorte, an welchen die Fundamentsanierungen stattfinden, werden durch Kleinverpresspfähle (Mikrobohrpfähle) verstärkt. Bei Mikrobohrpfählfundamenten werden in Abhängigkeit der auf das Fundament herrschenden Kräfte mehrere Mikrobohrpfähle erstellt, an die die Eckstiele des bestehenden Mastes eingebunden werden. Die Bohrungen für die Mikrobohrpfähle erfolgen hierbei nicht zwingend im 90 Grad Winkel. Die Einbindetiefe zur Fundamentverstärkung mit Hilfe von Mikrobohrpfählfundamenten ist in Anlage 1 aufgeführt. Die Gründungstiefe (Ansatzpunkt für die Mikrobohrpfähle) wurde nach statischen Bemessungen mit einer Tiefe von ca. 1,50 m unter Geländeoberkante (GOK) bzw. Erdoberkante (EOK) festgelegt. Bis zu dieser Tiefe wird die notwendige Baugrube ausgehoben, sodass der Eckstiel des Mastunterteils, in den die Bohrpfähle verbindenden Betonriegel eingebunden werden kann. Die Anbindungstiefe des Masteckstiels des jeweiligen Mastes ist für die Dimensionierung ggf. erforderlicher Grundwasserabsenkungen maßgebend.

Im Zuge der Fundamentarbeiten werden keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund eingebracht. Die einzubringenden Betonsuspensionen müssen hierbei der DVGW-Zulassung W347 entsprechen. Eine Veränderung oder Beeinflussung gemäß des Verschlechterungsverbotes ist daher unter dieser Vorgabe nicht zu besorgen. Im Rahmen des Vorhabens sind an keinem Standort, somit auch in keinen Wasserschutzgebieten, eine Wasserhaltung notwendig. Dadurch, dass kein Grundwasser in Vorfluter gefördert wird, kann auch keine Sedimentfracht in den Vorfluter gelangen. Somit wird das Trinkwasserspezifische Verschlechterungsverbot gewahrt.

Nachteilige Auswirkungen auf Grund- sowie Oberflächenwasserkörper sind daher bereits an dieser Stelle mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auszuschließen.

Bauablauf zur Erstellung eines (Mikro-) Bohrpfählfundaments

Das Verlegen von Platten zur Herrichtung einer geeigneten Baueinrichtungsfläche im Mastbereich sowie das Abtragen des Oberbodens sowie die mögliche Installation einer Grundwasserabsenkungsanlage (ca. 1-2 Arbeitstage) geht der Baumaßnahme voraus.

Freilegen des Fundamentes (ca. 5 Arbeitstage)

Im Vorfeld der Fundamentverstärkung wird das bestehende Fundament freigelegt. Je nach Tiefe sind ggfs. Wasserhaltungsmaßnahmen erforderlich (siehe Abbildung 2).



Abbildung 2: Freilegen der Bohrfahlfundamente (Bsp.: Zwillingsbohrpfahl)

Erstellung der Bohrfähle bei Mikrobohrpfählen (ca. 5-10 Arbeitstage)

Bei Mikrobohrpfahlfundamenten werden die Bohrungen mit Hilfe einer Zementsuspension, die als Spül- und Stützflüssigkeit dient (Sicherung der Bohrung vor dem Einfallen) im jeweils erforderlichen Winkel gebohrt. Im zweiten Arbeitsschritt wird die als Stützflüssigkeit dienende Zementsuspension durch eine steifere Zementsuspension verdrängt und es bildet sich der Verpresskörper mit Schwerverbund zum Boden (vgl. Abbildung 3).

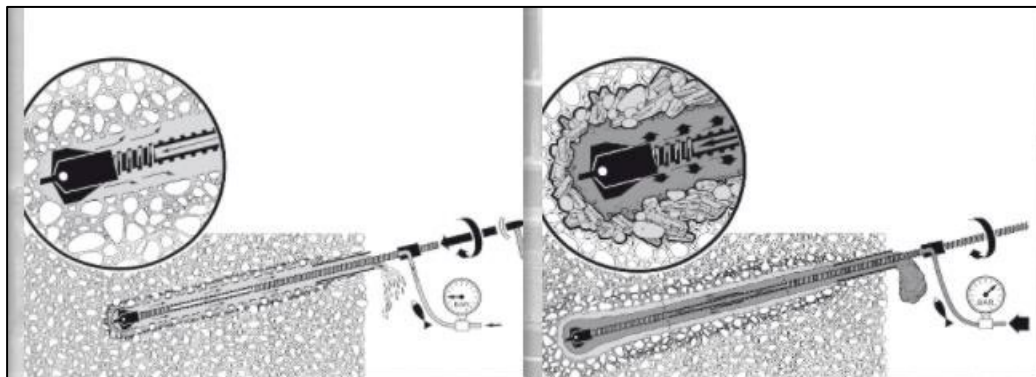


Abbildung 3: Prinzip von Mikrobohrpfahlfundamenten (Quelle: <https://www.ischebeck.de/>)

Anbindung der Masteckstiele an die Bohrfähle (ca. 5-15 Arbeitstage)

Die Sicherung der Baugrube erfolgt – falls notwendig – durch Spunddielen oder durch geböschte Baugruben. Die Gründungstiefe entspricht der Oberkante des Fundaments, auf dem der Eckstiel des bestehenden Mastunterteils angebunden wird (vgl. Abbildung 4).



Abbildung 4: Freigelegtes Betonfundament eines Eckstiels

Unmittelbar nach der Erstellung der Fundamentköpfe wird die Baugrube entsprechend der vorgefundenen Bodenschichten wieder verfüllt. Nach Abschluss der Verfüllung der Baugrube sind sämtliche Tiefbauarbeiten für die Errichtung des neuen Freileitungsmastes abgeschlossen (siehe Abbildung 4).

3 Methodisches Vorgehen zur Bewertung einer möglichen Wasserhaltung

Zur Beschreibung und Beurteilung der derzeitigen Grundwassersituation erfolgt zunächst eine Bestandserfassung für das Grundwasser.

Hierbei wird die hydrogeologische Ausgangssituation in Bezug auf die geologischen Verhältnisse, vorhandene Grundwasservorkommen, bestehende und geplante Wasserschutzgebiete und Bereiche zum Schutz des Wassers erfasst. Des Weiteren werden die Grundwasserflurabstände und die Durchlässigkeit und Schutzwirkung der Grundwasserüberdeckung dargestellt.

Bearbeitungsgrundlage sind die Angaben des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz (wasser-portal.rlp-umwelt.de) als auch des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (hlnug.de). Unter anderem wurden hier der geologische Untergrund und die amtlich festgesetzten Wasserschutzgebiete sowie die geplanten Wasserschutzgebiete abgefragt.

Für die Bestandserfassung des Grundwassers wurde auf die zur Verfügung gestellten Unterlagen zurückgegriffen: Voruntersuchungen in Form von Baugrunduntersuchungen im Zuge der geplanten Fundamentverstärkung und des Ersatzneubaus wurden im Rahmen der

Ausführungsplanung an allen Ersatzneubaumasten und Bestandsmasten mit Fundamentsanierung durchgeführt (IFUA 2023). Hierbei wurden Bezugswasserstände und die Notwendigkeit der Wasserhaltung an den Maststandorten ermittelt. Da sich die Rückbaumasten (Masten Nr. 3, 4, 5, 54, 61, 144, 163, Bl. 4127) in unmittelbarer Nähe zu den Ersatzneubaumasten (Masten Nr. 1003, 1004, 1005, 1054, 1061, 1144, 1163, Bl. 4127) befinden, können hier die gleichen Werte für die Bezugswasserstände angenommen werden. Die hier verwendeten Angaben zur Durchlässigkeit (kf-Werte), der Grundwasserstände und zur lokalen geologischen Beschaffenheit des Untergrunds stammen aus diesen Voruntersuchungen.

Die als Ergänzung angeführten Grundwasserflurabstände im Bereich der Fundamentverstärkungen und Ersatzneubauten wurden der Flurabstandskarte des Geoportals des Landes Rheinland-Pfalz (www.geoportal.rlp.de, 2023) als auch des Geoportals des Landes Hessen (www.geoportal.hessen.de, 2023) entnommen. Für Hessen liegen jedoch keine flächendeckenden Daten vor.

3.1 Beschreibung und Beurteilung der derzeitigen Situation

Der Untersuchungsraum befindet sich im Flussgebiet Rhein, im Bearbeitungsgebiet „Deltarhein“ und „Mittelrhein“. Die geplante Leitungsstrasse verläuft in Rheinland-Pfalz im Bereich der fünf Grundwasserkörper DERP_80, DERP_57, DERP_52, DERP_2580_16 sowie DERP_2588_01 (letztgenannter Grundwasserkörper ragt in Hessen hinein) und in Hessen im Bereich der vier Grundwasserkörper DEHE_2588_01, DEHE_2580_14, DEHE_2490_8102 sowie DEHE_2490_3105. Der mengenmäßige Zustand ist für alle Grundwasserkörper als „Gut“, der chemische Zustand, mit Ausnahme von Grundwasserkörper DERP_80 und DEHE_2490_3105 (chemischer Zustand ist „Schlecht“), als „Gut“ eingestuft (HLNUG 2023a, MKUEM 2021). Bei den Grundwasserkörpern handelt es sich um Kluftgrundwasserleiter.

3.2 Geologie und Hydrogeologie im Untersuchungsraum

Der GWK „DERP_80“ liegt in zwei Teilräumen, dem „Paläozoikum des nördlichen Rheinischen Schiefergebirges“ (8101) und dem „Quartäre Terrassensedimente des Mittelrheins und seiner Nebenflüsse“ (8112). Letzterer erstreckt sich ab der Stadt Neuwied entlang des Verlaufes des Mittelrheins. Der Teilraum „Paläozoikum des nördlichen Rheinischen Schiefergebirges“ erstreckt sich über das obere Drittel von Rheinland-Pfalz. Dort befindet sich hauptsächlich Ton- und Schluffschiefer mit wechselnden Anteilen an Grauwacke, Kalkstein, Sandstein und Quarzit; teilweise im Wechsel mit Lösslehm. Das Schutzpotenzial der Gewässerüberdeckung lässt sich als ungünstig bis mittel einstufen (102 bis 103). Die Durchlässigkeit ist aufgrund des Tons und Schluffs als eher gering einzustufen (BGR 2023).

Die GWK „DERP_57“, „DERP_52“, „DERP_2580_16“ und „DEHE_2580_14“ befinden sich innerhalb des hydrogeologischen Teilraums „Paläozoikum des südlichen Rheinischen Schiefergebirges“ (8102). Dieser verläuft südlich von Trier bis nach Limburg. Auch in diesen Bereichen sind Ton- und Schluffschiefer vorherrschend. Das Schutzpotenzial ist somit auch als mittel bis ungünstig einzustufen (102 bis 103).

Im GWK „DERP_2588_01“ befindet sich der hydrogeologische Teilraum „Lahn-Dill-Gebiet/Paläozoikum des südlichen Rheinischen Schiefergebirges“ (8108/8102). Dieser Teilraum erstreckt sich über den südwestlichen Teil Hessens. Das Schutzpotenzial der

Grundwasserdeckschicht in diesem Bereich ist hauptsächlich als mittel zu bewerten (102). Durch den wiederkehrenden Ton- und Schlussschieferanteil ist eine geringere Durchlässigkeit zu erwarten.

Der GWK „DEHE_2490_8102“ liegt innerhalb des Teilraums „Paläozoikum des südlichen Rheinischen Schiefergebirges/Idsteiner Senke“ (8102/8111). Auch hier ist das Sediment von Ton- und Schlussschiefer geprägt, so dass das Schutzpotenzial als mittel bewertet wird (102).

Der GWK „DEHE_2490_3105“ liegt im Teilraum „Tertiär und Quartär des Rhein-Main Gebietes (3105). Dieser ist nach FRITSCH et al. (2003) durch einen Porengrundwasserleiter überwiegend pleistozänen Alters mit z. T. hoher Durchlässigkeit bei überwiegend silikatischer und karbonatischer Gesteinsbeschaffenheit charakterisiert. In weiten Bereichen ist überwiegend ein mittleres Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung gegeben aufgrund der vielfach feinkörnigen Gesteinsausbildung.

Die Lage der beschriebenen Grundwasserkörper im weiteren Umfeld des Vorhabens ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.

Für die GWK „DERP_80“, „DERP_57“, „DERP_52“, „DERP_2580_16“, „DEHE_2588_01“, „DEHE_2580_14“, „DEHE_2490_8102“ und „DEHE_2490_3105“ ist eine tiefergehende Prognose und Bewertung der Auswirkungen des Vorhabens erforderlich.

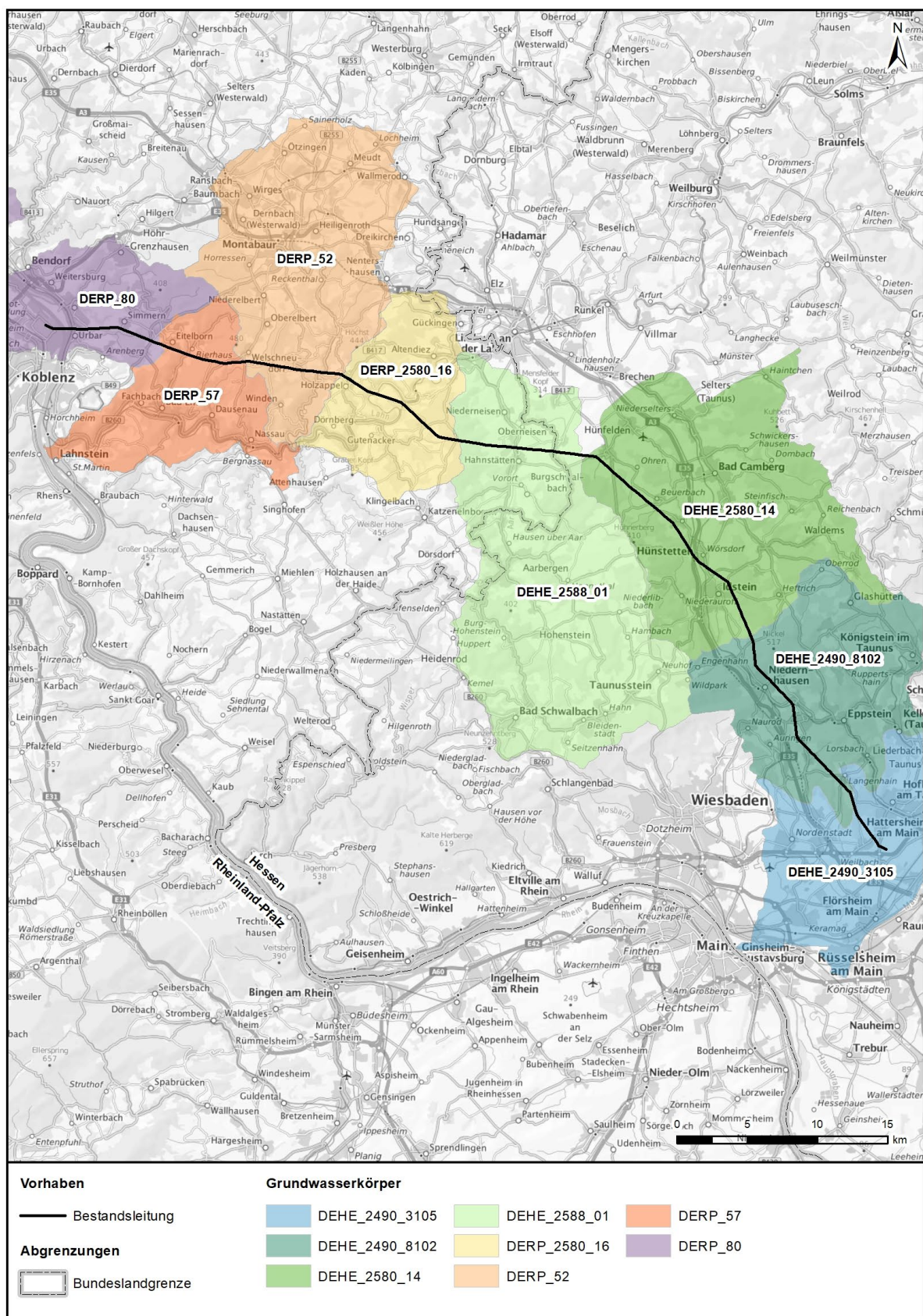


Abbildung 5: Lage der Grundwasserkörper im näheren Umfeld des Vorhabens

3.3 Flurabstand im Untersuchungsraum

Aktuelle Angaben zu Grundwasserflurabständen sind nicht flächendeckend vorhanden. Im Rahmen der Ausführungsplanung wurden Baugrunduntersuchungen an allen Ersatzneubaumasten und Bestandsmasten mit Fundamentsanierung durchgeführt (IFUA 2023). Hierbei wurden Bezugswasserstände und die Notwendigkeit der Wasserhaltung an den Maststandorten ermittelt. Inwiefern bei den Bauausführungen an den Maststandorten in das Grundwasser eingegriffen wird und mögliche Grundwasserhaltungen notwendig werden, hängt jedoch maßgeblich von der Art der Arbeiten an den einzelnen Maststandorten ab (vgl. hierzu ELB in Register 1 der Planfeststellungsunterlage).

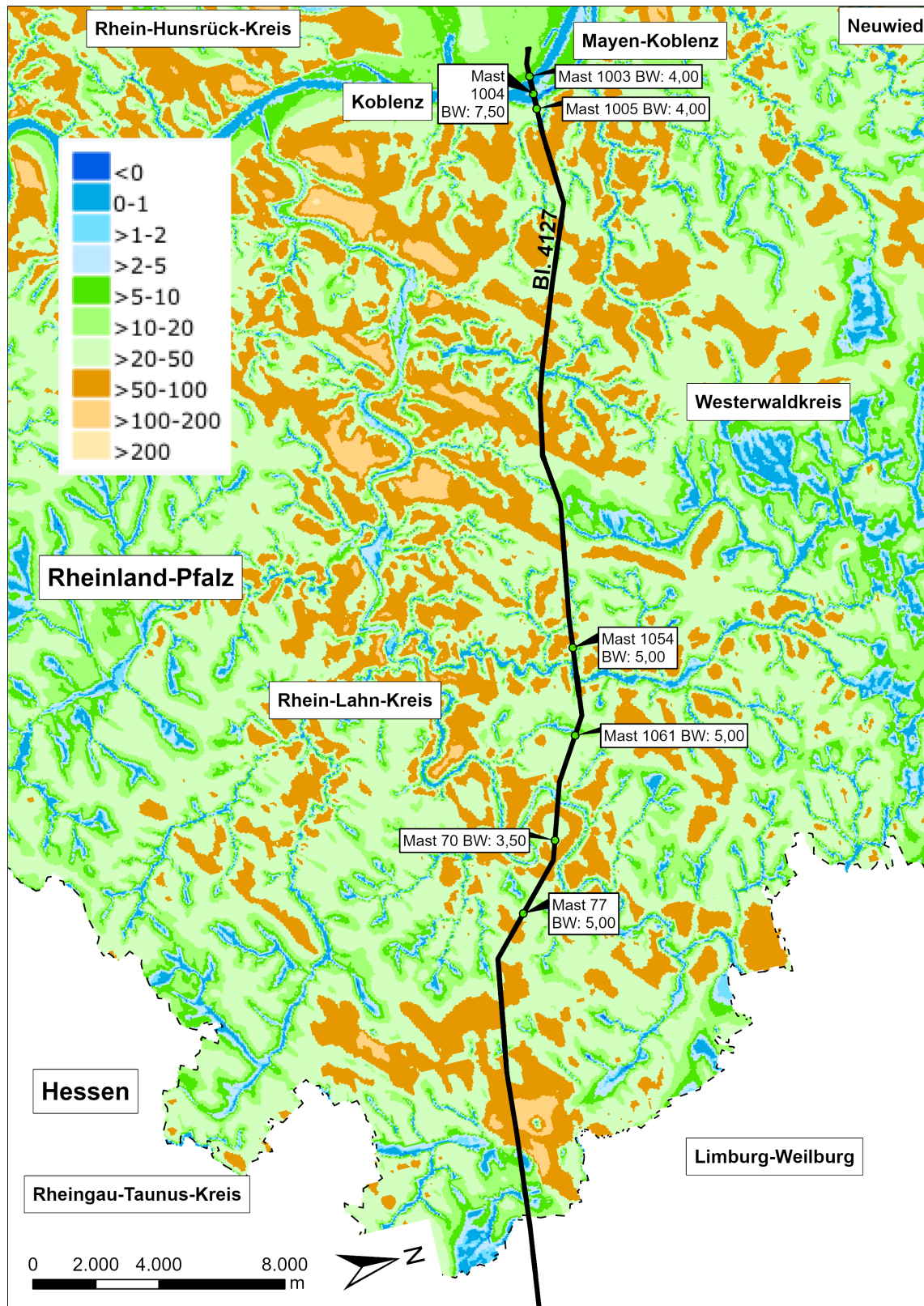


Abbildung 6: Flurabstandskarte (©LGB-RLP 2023, dl-de/by-2-0, www.lgb-rlp.de) mit dargestelltem Trassenverlauf der BI. 4127. BW: Bezugswasserstand (vgl.

nachfolgende Tabelle). Im hessischen Teil liegen keinen flächendeckenden, amtlichen Daten vor.

3.4 Prognostizierte Wasserhaltungsmaßnahmen

An den Maststandorten der Bl. 4127 mit geplanter Fundamentverstärkung und Ersatzneubaumasten (s. Tabelle 2) liegen Angaben zum tatsächlichen Grundwasserstand aus den Voruntersuchungen (Baugrunduntersuchungen vom Oktober 2022) vor.

Unter Zugrundelegung der vorliegenden Wasserstandsdaten und einer maximalen Baugrubentiefe von 3,50 m u. GOK ist für keinen der zu betrachtenden Maststandorte der Bl. 4127 die Notwendigkeit einer Wasserhaltungsmaßnahme gegeben (Tabelle 2):

Tabelle 2: Überblick Grundwasserflurabstände der Maststandorte mit geplanter Fundamentverstärkung der Bl. 4127 (aus: IFUA 2023)

Mast Nr.	Maßnahme	Fundamenteinbinde- tiefe zzgl. 0,1 m Sauberkeitsschicht [m u. GOK]	Bezugswas- serstand [m u. GOK]	Flurabstand gem. LGB- RLP 2023 [m u. GOK]	Wasserhaltung erforderlich*
1003	Ersatz- neubau	3,50	4,00	>5-10	nein
1004	Ersatz- neubau	3,50	7,50	>2-5	nein
1005	Ersatz- neubau	3,50	4,00	>20-50	nein
1054	Ersatz- neubau	3,50	5,00	>20-50	nein
1061	Ersatz- neubau	3,50	5,00	>10-20	nein
70	Fundament sanierung	3,50	3,50	>20-50	nein**
77	Fundament sanierung	3,50	5,00	>20-50	nein
131	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein
139	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein
1144	Ersatz- neubau	3,50	4,00	-	nein**
152	Fundament sanierung	3,50	6,00	-	nein
1163	Ersatz- neubau	3,50	5,00	-	nein
165	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein
167	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein

169	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein
174	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein
185	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein
190	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein
192	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein
196	Fundament sanierung	3,50	5,00	-	nein

*unter Zugrundelegung der Daten zum Zeitpunkt der Untersuchung sowie Berücksichtigung der Durchlässigkeit

**Ruhewasserstand und Bemessungswasserstand liegen unterhalb der Fundamenteinbindetiefe.

- Für den hessischen Teil liegen keine flächendeckenden, amtlichen Daten vor.

4 Wasserrechtliche Erlaubnis (§ 8 Abs. 1 WHG) für Gewässerbenutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG)

Bei den vorgesehenen Fundamentsanierungen (Masten 70, 77, 131, 139, 152, 165, 167, 169, 174, 185, 190, 192 und 196) und Ersatzneubauten (Masten 1003, 1004, 1005, 1054, 1061, 1144 und 1163) wird durch die notwendigen Fundamentbohrungen auch in Grundwasserleiter eingedrungen. Dies ist aus technischer Sicht unumgänglich, um die statische Standfestigkeit zu gewährleisten.

Bei der Bauausführung sind chemische Veränderungen, im Sinne einer Auswaschung von Stoffen, durch die geplante Vorgehensweise nicht zu erwarten, da chromatarmer Unterwasserbeton verwendet wird, der im Wasser aushärtet und sich aus diesem auch keine anderen schädlichen oder wassergefährdenden Stoffe lösen.

Wenn die Bohrpfähle bis ins Grundwasser hineinreichen, werden diese physisch in den Grundwasserleiter eingebracht und könnten daher potenziell eine Barrierewirkung auf den Grundwasserstrom haben, sodass sich Grundwasser aufstauen kann und der Fluss des Grundwassers beeinträchtigt wird. Eine solche Beeinträchtigung ist jedoch nicht zu erwarten, da die Bohrpfähle von Ihrer Dimensionierung so schmal sind, dass das Grundwasser um die Pfähle herum fließen kann, sodass sich auch keine Veränderungen des Grundwasserstromes ergeben.

Durch die Bohrpfähle werden Stoffe in das Grundwasser eingebracht, auch wenn sich daraus keine negativen Auswirkungen auf die Qualität oder Quantität des Grundwassers oder den Grundwasserstrom ergeben. Dies bedeutet eine Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG. **Deshalb wird hiermit von der VHT für die genannten Masten (70, 77, 131, 139, 152, 165, 167, 169, 174, 185, 190, 192 und 196 sowie 1003, 1004, 1005, 1054, 1061, 1144 und 1163) vorsorglich nach § 8 Abs. 1 WHG eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Gewässerbenutzung beantragt.**

5 Weitere wasserrechtliche Anträge

5.1 Heilquellenschutzgebiete (HQSG, § 53 Abs. 5 WHG)

Innerhalb des UR befindet sich das **HQSG „Bad Ems“ (403220244)**. Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen innerhalb des Schutzgebietes erforderlich. Durch das Vorhaben kommt es weder zum Verstoß gegen Verbote noch Beschränkungen der geltenden Schutzgebietsverordnung (Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord 2013). **Das Erfordernis zur Beantragung einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

5.2 Wasserschutzgebiete (WSG, § 52 Abs. 1 WHG)

Tabelle 3: Wasserschutzgebiete innerhalb des UR

ID	Bezeichnung	Schutz- zone im UR	Zuständigkeit	Mastbereich Ersatzneubau (EN) Bestand (B)	Betroffenheit (AF, Z, Mastgr.)
Rheinland-Pfalz					
401700063	Koblenz-Urmitz	III A, III B	WW Koblenz Weissenthurm GmbH	B: Nr. 1 bis 3 EN: Nr. 1003	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z sowie Gründungsmaß- nahmen und Rückbau innerhalb der Schutz- zonen IIIA (B: 1) & IIIB (N: 1003, B: 2, 3) Anlagebedingte dauerhafte Flächen- inanspruchnahme innerhalb der Schutz- zonen IIIB (N: 1003)
403220133	Kunzbach 2 und 3	II, III	VGW Bad Ems	B: Nr. 1026 bis 35	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutz- zonen II (B: 28) & III (B: 1026, 27, 29-35)
403060722	Untershausen 1, 2 und 3	III	VGW Montabaur	B: Nr. 45	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutz- zone III
403874493	Qu. Hübingen, Im Birkenfeld	I, II, III	VGW Montabauer	B: Nr. 46 bis 48	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutz- zonen II (B: 47) & III (B: Nr. 46, 47)

ID	Bezeichnung	Schutz- zone im UR	Zuständigkeit	Mastbereich Ersatzneubau (EN) Bestand (B)	Betroffenheit (AF, Z, Mastgr.)
403260582	Stollen Geilnau	III	VGW Diez	B: Nr. 62 bis 64 EN: Östlich von Nr. 1061	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutz- zone III (B: Nr. 62)
403261057	Holzappel, Stollen Scheidt	II, III	VGW Diez	B: Nr. 61 bis 64	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutz- zone III (B: Nr. 62, 63)
Hessen					
533-043	WSG TB Heringen	III	Gemeinde Huenfelden	B: Nr. 103 bis 108	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutz- zone III (B: Nr. 103-108)
533-045	WSG TB Rahlbach, Schürfung Rahlbach 1, 4, Bohrbrunnen	I, II, III	Gemeinde Huenfelden	B: Nr. 115 bis 118	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutzzonen II (B: Nr. 115, 116) & III (B: Nr. 116, 117) Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch Z ¹ innerhalb der Schutz- zone I (B: Nr. 115)
533-047	WSG Quellschürfung Heideborn + Stockborn, Ohren	II, III	Gemeinde Huenfelden	B: Nr. 119 bis 120	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch Z inner- halb der Schutzzonen II & III (B: Nr. 119, 120)
439-093	WSG Sch. I + II Großgraben, Hünstetten	I, II, III	Gemeinde Hünstetten	B: 121 bis 124	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutz- zonen II (B: 123) & III (B: Nr. 121, 122)
439-092	WSG TB I + II Wallrabenstein, Hünstetten	II, III	Gemeinde Hünstetten	B: Nr. 130 bis 134	Baubedingte temporäre Flächeninanspruch- nahme durch AF & Z innerhalb der Schutz- zonen II (B: Nr. 132) & III (B: Nr. 130, 131, 133) Gründungsmaßnahme & anlagebedingte

¹ Schutzzone I des WSG wird auf einer vollversiegelten Bestandszuwegung gequert.

ID	Bezeichnung	Schutz- zone im UR	Zuständigkeit	Mastbereich Ersatzneubau (EN) Bestand (B)	Betroffenheit (AF, Z, Mastgr.)
					dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentverstärkung (B: Nr. 131)
439-097	WSG Br. III Im Langenbachtal, Hünstetten	II, III	Gemeinde Hünstetten	B: Nr. 134 bis 138	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutzzone III (B: Nr. 135, 136, 137)
439-107	WSG TB Am Holler, Idstein	III	Stadt Idstein	B: Nr. 145 bis 146 EN: Östlich von Nr. 1144	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutzzone III (Nr. 145, 146)
439-108	WSG TB Tiergarten, Idstein	III	Stadt Idstein	B: Nr. 148 bis 151	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutzzone III (B: Nr. 149, 150, 151)
439-100	WSG TB I +II Lohmühle, Idstein	II, III	Stadt Idstein	B: Nr. 155 bis 160	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutzzonen II (B: Nr. 155) & III (B: Nr. 156, 157, 158, 159, 160)
439-120	WSG TB I, II + IV Farnwiese, Niedernhausen	III	Gemeinde Niedernhausen	B: Nr. 165 bis 172	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutzzone III (B: Nr. 165-172) Gründungsmaßnahme & anlagebedingte dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentverstärkung (B: Nr. 165, 167, 169)
439-185	WSG TB Hirschborn, WBV Niedernhausen/ Naurod	III	Gemeinde Niedernhausen	B: Nr. 176 bis 179	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutzzone III (B: Nr. 176-179)
436-005	WSG TB Niederjosbach, Eppstein	II, III	Stadt Eppstein	B: Nr. 180 bis 182, 184 bis 185	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutzzonen II (B: Nr. 181) & III

ID	Bezeichnung	Schutz- zone im UR	Zuständigkeit	Mastbereich Ersatzneubau (EN) Bestand (B)	Betroffenheit (AF, Z, Mastgr.)
					(B: Nr. 180, 182, 184, 185) Gründungsmaßnahme & anlagebedingte dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentverstärkung (B: Nr. 185)
436-010	WSG TB I + II Bremthal, Eppstein	I, II, III	Stadt Eppstein	B: Nr. 186 bis 189	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutz-zonen II (B: Nr. 187, 188) & III (B: Nr. 186, 189)
436-017	WSG Br. II + III Wildsachsen, Hofheim	II, III	Kreisstadt Hofheim am Taunus	B: Nr. 190 bis 194	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutz-zone III (B: Nr. 190-194) Gründungsmaßnahme & anlagebedingte dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentverstärkung (B: Nr. 190, 192)
436-016	WSG Br. I Wildsachsen, Hofheim	III	Kreisstadt Hofheim am Taunus	B: Nr. 192 bis 196	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutz-zone III (B: Nr. 192-196) Gründungsmaßnahme & anlagebedingte dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentverstärkung (B: Nr. 192, 196)
436-018	WSG TB II + III Diedenbergen, Hofheim	III	Kreisstadt Hofheim am Taunus	B: Nr. 215 bis 216	-
436-037	WSG Br. 2, westl. Pumpw. Hatt. I, u. a. Hattersheim/M	III	Stadt Hattersheim am Main	B: Nr. 222, 223, 1294, 1295	Baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahme durch AF & Z innerhalb der Schutz-zone III (B: Nr. 222, 223, 1294, 1295)

WSG „Koblenz-Urmitz“ (401700063)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Koblenz-Urmitz“ (401700063). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen, Gründungs- und Rückbaumaßnahmen innerhalb der Schutzzonen IIIA und IIIB sowie eine anlagebedingte Flächeninanspruchnahme innerhalb der Schutzzone IIIB erforderlich.

Gemäß § 3 der geltenden Schutzgebietsverordnung (Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord 2019) sind nachfolgende Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge innerhalb der Schutzzone IIIA verboten:

„[...]“

IIIA.5 Eingriffe in den Untergrund mit Verminderung der Schutzfunktion der grundwasserüberdeckenden Schichten, z. B. durch Gewinnung von Rohstoffen und sonstigen Abgrabungen, Bohrungen,

[...]“

Darüber hinaus sind nachfolgende Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge innerhalb der Schutzzone IIIB verboten:

„[...]“

IIIB.2 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von baulichen Anlagen mit Bodeneingriffen tiefer als 2 m über dem mittleren Grundwasserstand,

a) in den Zonen IIIB und IIIA tiefere Bauwerksgründungen nach wasserrechtlicher Zulassung durch die untere Wasserbehörde

b) in der Zone IIIB westlich der Eisenbahnstrecke Köln-Bingen

[...]“

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das durch die Verordnung geschützte Grundwasser, so dass einer Genehmigung und Befreiung keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Zur Umsetzung des Vorhabens und den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten ist aufgrund des § 3 III B 2 und III A 5 eine Genehmigung bzw. Befreiung gemäß § 5 und § 7 der geltenden Schutzgebietsverordnung bei der oberen Wasserbehörde einzuholen und wird hiermit beantragt.

WSG „Kunzbach 2 und 3“ (403220133)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Kunzbach 2 und 3“ (403220133). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen innerhalb der Schutzzonen IIB und IIIB erforderlich.

Im Rahmen der Rückmeldung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur (2023) am 20. April 2023 wurde

mitgeteilt, dass das WSG „Kunzbach“ (403220133) abgegrenzt ist, jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Schutzgebietsverordnung aufweist. Entsprechend der Mail vom 20. April 2023 werden die erforderlichen Eingriffe gemäß den Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete (DVGW 2021) berücksichtigt und bewertet.

Gemäß Kapitel 6.3.1 sowie 6.3.2 i. V. m. Tabelle 1 der Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete (DVGW 2021), ist für die im Zuge des Vorhabens durch Zuwegungen und Arbeitsflächen zu beanspruchenden Schutzzonen II und IIIB das Erfordernis einer Prüfung gegeben.

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das Grundwasser, so dass dem Vorhaben keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Die obere Wasserbehörde ist über zu erfolgende Betroffenheiten innerhalb des Wasserschutzgebietes zu informieren. Die Einholung einer entsprechenden Genehmigung wird hiermit beantragt.

WSG „Unterhausen 1, 2 und 3“ (403060722)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Untershausen 1, 2 und 3“ (403060722). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich. Es treten keine Verstöße gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord 2008) aufgeführten Verbotstatbestände auf. **Das Erfordernis zur Beantragung einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

WSG „Qu. Hübingen, Im Birkenfeld“ (403260582)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Qu. Hübingen, Im Birkenfeld“ (403260582). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen innerhalb der Schutzzonen II und III erforderlich.

Gemäß § 3 der geltenden Schutzgebietsverordnung (Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord 2007) sind nachfolgende Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge innerhalb der Schutzzone II verboten:

„Verbote und Beschränkungen

[...]

Deshalb sind alle damit nicht zu vereinbarenden Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge untersagt, und zwar insbesondere:

[...]

2.5 Baustelleinrichtungen

[...]“

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das durch die Verordnung geschützte Grundwasser, so dass einer Genehmigung und Befreiung

keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Zur Umsetzung des Vorhabens sind zwar keine Baustelleneinrichtungen jedoch Arbeitsflächen erforderlich. Um den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten umfänglich gerecht zu werden, findet eine entsprechende Abstimmung mit der oberen Wasserbehörde statt, so dass im Bedarfsfall eine Ausnahme gemäß § 5 der geltenden Schutzgebietsverordnung eingeholt wird.

WSG „Stollen Geilnau“ (403260582)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Stollen Geilnau“ (403260582). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen innerhalb der Schutzzonen IIIB erforderlich.

Im Rahmen der Rückmeldung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur (2023) am 20. April 2023 wurde mitgeteilt, dass das WSG „Stollen Geilnau“ (403260582) abgegrenzt ist, jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Schutzgebietsverordnung aufweist. Entsprechend der Mail vom 20. April 2023 werden die erforderlichen Eingriffe gemäß den Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete (DVGW 2021) berücksichtigt und bewertet.

Gemäß Kapitel 6.3.1 sowie 6.3.2 i. V. m. Tabelle 1 der Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete (DVGW 2021), ist für die im Zuge des Vorhabens durch Zuwegungen und Arbeitsflächen zu beanspruchenden Schutzzonen IIIB das Erfordernis einer Prüfung gegeben.

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das Grundwasser, so dass dem Vorhaben keine Gründe entgegenstehen.

Die obere Wasserbehörde ist über zu erfolgenden Betroffenheiten innerhalb des Wasserschutzgebietes zu informieren sowie eine entsprechende Genehmigung einzuholen, welche hiermit beantragt wird.

WSG „Holzappel, Stollen Scheidt“ (403261057)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Holzappel, Stollen Scheidt“ (403261057). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen innerhalb der Schutzzone III erforderlich.

Im Rahmen der Rückmeldung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur (2023) am 20. April 2023 wurde mitgeteilt, dass das WSG „Holzappel, Stollen Scheidt“ (403261057) abgegrenzt ist, jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Schutzgebietsverordnung aufweist. Entsprechend der Mail vom 20. April 2023 werden die erforderlichen Eingriffe gemäß den Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete (DVGW 2021) berücksichtigt und bewertet.

Gemäß 6.3.2 i. V. m. Tabelle 1 der Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete (DVGW 2021), ist für die im Zuge des Vorhabens durch Zuwegungen und Arbeitsflächen zu beanspruchende Schutzzone III das Erfordernis einer Prüfung gegeben.

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das Grundwasser, so dass dem Vorhaben keine Gründe entgegenstehen.

Die obere Wasserbehörde ist über zu erfolgenden Betroffenheiten innerhalb des Wasserschutzgebietes zu informieren sowie eine entsprechende Genehmigung einzuholen, welche hiermit beantragt wird.

WSG „TB Heringen“ (533-043)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „TB Heringen“ (533-043). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich. Es treten keine Verstöße gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 1991) aufgeführten Verbotstatbestände auf. **Das Erfordernis zur Beantragung einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

WSG „TB Rahlbach, Schürfung Rahlbach 1, 4 Bohrbrunnen (533-045)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „TB Rahlbach, Schürfung Rahlbach 1, 4 Bohrbrunnen“ (533-045). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich. Für die großräumige Zufahrt zu Mast 115 auf der Gemarkung Hünfelden wird gemäß WSG-Verordnung (RP Darmstadt 1992, S. 985 ff) gemäß § 8 eine Ausnahme gegen das Verbot des „Fahr- und Fußgängerverkehrs“ (vgl. § 6 Abs. 2) beantragt. Es befindet sich lediglich eine Zufahrt auf einem bestehenden, versiegelten Weg innerhalb der Schutzzone I. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird. **Zur Umsetzung des Vorhabens und den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten ist eine Ausnahme gemäß § 8 der geltenden Schutzgebietsverordnung bei der oberen Wasserbehörde einzuholen, welche hiermit beantragt wird.**

WSG „Quellschürfung Heideborn + Stockborn, Ohren“ (533-047)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Quellschürfung Heideborn + Stockborn, Ohren“ (439-093). Zur Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Zuwegungen erforderlich. Es treten keine Verstöße gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 2001) Verordnung zum aufgeführten Verbotstatbestände auf. **Das Erfordernis zur Beantragung einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

WSG „Sch. 1 + II Großgraben Hünstetten“ (439-093)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Sch. 1 + II Großgraben Hünstetten“ (439-093). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen innerhalb der Schutzzonen II und III erforderlich.

Gemäß § 5 der geltenden Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 1997a) sind nachfolgende Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge innerhalb der Schutzzone II verboten:

„Verbote in den Zonen II

In den Zonen II gelten die Verbote für die Zonen III.

[...]

2. Lager für Baustoffe und Baumaschinen sowie Baustellen und Baustelleneinrichtungen,

[...]"

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das durch die Verordnung geschützte Grundwasser, so dass einer Genehmigung und Befreiung keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Zur Umsetzung des Vorhabens und den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten ist aufgrund § 5 Nr. 2 eine Ausnahme gemäß § 11 der geltenden Schutzgebietsverordnung bei der oberen Wasserbehörde einzuholen, welche hiermit beantragt wird.

WSG „TB I + II Wallrabenstein Hünstetten“ (439-092)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „TB I + II Wallrabenstein Hünstetten“ (439-092). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Gründungsmaßnahmen, Arbeitsflächen und Zuwegungen sowie anlagebedingte Masterhöhungen und Fundamentverstärkungen innerhalb der Schutzzonen II (temporäre Flächeninanspruchnahme) und III (anlagebedingte Flächeninanspruchnahme) erforderlich.

Gemäß § 4 der geltenden Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 1997b) sind nachfolgende Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge innerhalb der Schutzzone III verboten:

„Verbote in der Zone III

In der Zone III sind verboten:

[...]

21. Bohrungen, Erdaufschlüsse und sonstige Bodeneingriffe mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist,

[...]"

Darüber hinaus gilt innerhalb der Zone II gemäß § 5:

„Verbote in den Zonen II

In den Zonen II gelten die Verbote für die Zone III

Darüber hinaus sind verboten:

1. das Errichten und die wesentliche Änderung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen,

2. Lager für Baustoffe und Baumaschinen sowie Baustellen und Baustelleneinrichtungen,

[...]"

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das durch die Verordnung geschützte Grundwasser, so dass einer Genehmigung und Befreiung keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Zur Umsetzung des Vorhabens und den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten ist aufgrund § 4 Nr. 21 und § 5 Nr. 1 und 2 eine Ausnahme gemäß § 11 der geltenden Schutzgebietsverordnung bei der oberen Wasserbehörde einzuholen, welche hiermit beantragt wird.

WSG „Br. III Im Langenbachtal, Hünstetten“ (439-097)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Br. III Im Langenbachtal, Hünstetten II“ (439-097). Zur Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich. Es treten keine Verstöße gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 2010b) aufgeführten Verbotstatbestände auf. **Das Erfordernis einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

WSG „TB Am Holler, Idstein“ (439-107)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „TB Am Holler, Idstein“ (439-107). Zur Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich. Es treten keine Verstöße gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 2006) aufgeführten Verbotstatbestände auf. **Das Erfordernis einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

WSG „TB Tiergarten, Idstein“ (439-108)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „TB Tiergarten, Idstein“ (439-108). Zur Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich. Es treten keine Verstöße gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 2015) aufgeführten Verbotstatbestände auf. **Das Erfordernis einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

WSG „TB I + II Lohmühle, Idstein“ (439-100)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „TB I + II Lohmühle, Idstein“ (439-100). Zur Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich.

Gemäß § 5 der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 1987) gilt innerhalb der Schutzzone II:

„Verbote in der Zone II

In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III.

Darüber hinaus sind verboten:

[...]

2. Baustellen, Baustofflager, Baustelleneinrichtungen,

[...]

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das durch die Verordnung geschützte Grundwasser, so dass einer Genehmigung und Befreiung keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Zur Umsetzung des Vorhabens und den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten ist aufgrund § 5 Nr. 2 eine Ausnahme gemäß § 8 der geltenden Schutzgebietsverordnung bei der oberen Wasserbehörde einzuholen, welche hiermit beantragt wird.

WSG „TB I, II +IV Farnwiese, Niedernhausen“ (439-120)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „TB I, II +IV Farnwiese, Niedernhausen“ (439-120). Zur Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich. Es treten keine Verstöße gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 1986) aufgeführten Verbotstatbestände auf. **Das Erfordernis einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

WSG „TB Niederjosbach, Eppstein“ (436-005)

Im UR befindet sich das WSG „TB Niederjosbach, Eppstein“ (436-005). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Gründungsmaßnahmen, Arbeitsflächen und Zuwegungen sowie anlagebedingte Masterhöhungen und Fundamentverstärkungen innerhalb der Schutzzone III erforderlich.

Gemäß § 4 der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 2003) gilt innerhalb der Schutzzone III:

„In der Zone III sind verboten:

[...]

24. Bohrungen, Erdaufschlüsse und sonstige Bodeneingriffe mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, dass eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist,

[...]

Darüber hinaus gilt innerhalb der Zone II gemäß § 5:

„In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III

Darüber hinaus sind verboten:

1. das Errichten und die wesentliche Änderung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen

[...]

*2. Lager für Baustoffe und Baumaschinen sowie Baustellen und Baustelleneinrichtungen,
[...]*

*6. Abstellen von Kraftfahrzeugen auf unbefestigtem Untergrund mit Ausnahme des Abstellens
im Rahmen von land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten,*

[...]“

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das durch die Verordnung geschützte Grundwasser, so dass einer Genehmigung und Befreiung keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Zur Umsetzung des Vorhabens und den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten ist aufgrund § 4 Nr. 24 und § 5 Nr. 2 und 6 eine Ausnahme gemäß § 13 der geltenden Schutzgebietsverordnung bei der oberen Wasserbehörde einzuholen, welche hiermit beantragt wird.

WSG „TB I + II Bremthal, Eppstein“ (436-010)

Im UR befindet sich das WSG „TB I + II Bremthal, Eppstein“ (436-010). Zur Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich.

Gemäß § 5 der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 2009b) gilt innerhalb der Schutzzone II:

„Verbote in den Zonen II

In den Zonen II gelten die Verbote für die Zone III. Darüber hinaus sind verboten:

[...]

2. Lager für Baustoffe und Baumaschinen sowie Baustelle und Baustelleneinrichtungen;

[...]

6. das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf wasserdurchlässigem Untergrund mit Ausnahme des Abstellens im Rahmen von land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten;

[...]“

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das durch die Verordnung geschützte Grundwasser, so dass einer Genehmigung und Befreiung keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Zur Umsetzung des Vorhabens und den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten ist aufgrund § 5 Nr. 2 und 6 eine Ausnahme gemäß § 13 der geltenden Schutzgebietsverordnung bei der oberen Wasserbehörde einzuholen.

WSG „Br. II + III Wildsachsen, Hofheim“ (436-017)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Br. II + III Wildsachsen, Hofheim“ (436-017). Durch die Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Gründungsmaßnahmen, Arbeitsflächen und Zuwegungen sowie anlagebedingte Masterhöhungen und Fundamentverstärkungen innerhalb der Schutzzonen III erforderlich.

Gemäß § 4 der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 1999a) gilt innerhalb der Schutzzone III:

„[...]“

26. Bohrungen, Erdaufschlüsse und sonstige Bodeneingriffe mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht besorgt ist,

[...]“

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf das durch die Verordnung geschützte Grundwasser, so dass einer Genehmigung und Befreiung keine Gründe entgegenstehen. Insgesamt sind die Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 WHG somit gegeben, da der Schutzzweck der Wasserschutzgebiete durch das Vorhaben nicht gefährdet wird.

Zur Umsetzung des Vorhabens und den innerhalb des Wasserschutzgebietes auftretenden Betroffenheiten ist aufgrund § 4 Nr. 26 und § 5 Nr. 1 und 6 eine Ausnahme gemäß § 13 der geltenden Schutzgebietsverordnung bei der oberen Wasserbehörde einzuholen, welche hiermit beantragt wird.

WSG „TB II + III Diedenbergen, Hofheim“ (436-018)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „TB II + III Diedenbergen, Hofheim“ (436-018). Im Zuge der Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen Betroffenheiten und damit verbundenen Verstößen gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 1999b): aufgeführten Verbotstatbestände. **Das Erfordernis einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

WSG „Br. 2, westl. Pumpw. Hatt. I, u. a. Hattersheim/M“ (436-037)

Innerhalb des UR befindet sich das WSG „Br. 2, westl. Pumpw. Hatt. I, u. a. Hattersheim/M“ (436-037). Zur Umsetzung des Vorhabens sind baubedingte temporäre Flächeninanspruchnahmen durch Arbeitsflächen und Zuwegungen erforderlich. Es treten keine Verstöße gegen die innerhalb der gültigen Schutzgebietsverordnung (RP Darmstadt 1978 und 2007) aufgeführten Verbotstatbestände auf. **Das Erfordernis einer Ausnahme ist nicht gegeben und entfällt.**

5.3 Überschwemmungsgebiete (ÜSG): Wasserrechtliche Genehmigung für bauliche Anlagen in ÜSG nach § 78 Abs. 5 WHG bzw. nach § 78a Abs. 2 WHG für die dort ausgeführten Handlungen

Tabelle 4: Im Rahmen des Vorhabens erforderliche wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG für Überschwemmungsgebiete sowie Befreiung von den Verboten gemäß § 78a Abs. 2 S. 4 WHG in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hessen

Überschwemmungsgebiet Angabe der Fließgewässer- kennzahl (FKZ) in Klammern	Mastbereich	Mastkategorie (Ersatzneubau, Masterhöhung)
Rheinland-Pfalz		
Rhein (2000000000)	Masten Nr. 1003, 1004	Ersatzneubau
Hessen		
Daisbach (24962)	Mast Nr. 165, 167, 169, 173, 174	Masterhöhung (außer Nr. 173, alle mit Fundamentverstärkung)
Weilbach (249742)	Mast Nr. 205	Masterhöhung

Nach § 78 Abs. 4 WHG sollen raumbedeutsame bauliche Anlagen in Überschwemmungsgebieten nicht erweitert oder errichtet werden. Wasserrechtliche Ausnahmegenehmigungen können jedoch unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 5 Nr. 1 und 2 WHG erteilt werden, wenn das Vorhaben keine relevanten Auswirkungen auf Hochwasserrückhaltung, Hochwasserstand und -abfluss sowie Hochwasserschutz hat und wenn das Vorhaben hochwasserangepasst ausgeführt wird und die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können. Diese gesetzlichen Regelungen gelten nach § 78 Abs. 8 WHG sowohl für festgesetzte als auch für vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete.

Erhebliche Beeinträchtigungen auf, die vom geplanten Vorhaben betroffenen, Überschwemmungsgebiete können sich durch die Inanspruchnahme von Retentionsflächen und die Beeinträchtigung des Hochwasserabflusses durch Freileitungsmasten ergeben.

Im rheinland-pfälzischen Abschnitt des vorliegenden Vorhabens erfolgt innerhalb des ÜSG „Rhein“ (2000000000) der Ersatzneubau der beiden Masten Nr. 1003 und 1004 (Bl. 4127) sowie der Rückbau der Masten Nr. 3 und 4 (Bl. 4127). Sowohl durch den Ersatzneubau wie auch den Rückbau tritt jedoch keine über das aktuelle Maß hinausreichende Inanspruchnahme von Retentionsflächen und Verschlechterungen des bisherigen Hochwasserabflusses auf, so dass der gegenwärtige Status quo erhalten bleibt.

Im hessischen Abschnitt erfolgen in den ÜSG „Schwarzbach“ (2496) und „Weilbach“ (249742) Masterhöhungen (ggf. mit Fundamentsanierung) an den Bestandsmasten Nr. 165, 167, 169, 173, 174 und 205. Da es sich bei den zuvor aufgeführten Masterhöhungen (mit Fundamentsanierungen bei den Masten 165, 167, 169 und 174) um Änderungen des Status

quo handelt, sind Genehmigungen nach § 78 Abs. 5 Satz 1 und 2 WHG für die Baumaßnahmen erforderlich.

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu keinen nachteiligen Wirkungen auf die Überschwemmungsgebiete, so dass einer Genehmigung und Befreiung keine Gründe entgegenstehen.

Für die betroffenen ÜSG „Rhein“ (2000000000), „Schwarzbach“ (2496) und „Weilbach“ (249742) beantragt die VHT hiermit Genehmigungen gemäß § 78 Abs. 5 Nr. 1 und 2 WHG.

Da es auf den Seilzug- und Montageflächen der vorgenannten Maste zu einer temporären Inanspruchnahme mit dem nicht nur kurzfristiges Ablagern von Gegenständen kommt, bedarf es diesbezüglich einer Befreiung von den Verboten des § 78a Abs. 2 S. 4 WHG für die in Tabelle 4 genannten ÜSG.

„Die zuständige Behörde kann im Einzelfall Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 zulassen, wenn 1. Belange des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen, 2. der Hochwasserabfluss und die Hochwasserrückhaltung nicht wesentlich beeinträchtigt werden und 3. eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erhebliche Sachschäden nicht zu befürchten sind oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können. Die Zulassung kann, auch nachträglich, mit Nebenbestimmungen versehen oder widerrufen werden. Bei der Prüfung der Voraussetzungen des Satzes 1 Nummer 2 und 3 sind auch die Auswirkungen auf die Nachbarschaft zu berücksichtigen.“ (§ 78a Abs. 2 WHG).

Mobile Gegenstände (Material, Arbeitsgeräte etc.), die sich auf Baustellenflächen befinden, werden bei Hochwassergefahr durch Befestigung gesichert oder auf Flächen außerhalb des ÜSG abtransportiert. Der Umgang mit sowie die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen erfolgt nicht auf Flächen innerhalb der Überschwemmungsgebiete (vgl. Maßnahme V7, Maßnahmenblätter in Reg. 18, Anh. B). Nach Abschluss der Bauphase erfolgt der Rückbau der Montageflächen und Zuwegungen in den möglichst ursprünglichen Zustand (vgl. Maßnahme V3, Maßnahmenblätter in Reg. 18, Anh. B).

Die oben dargestellten Baumaßnahmen dauern insgesamt wenige Wochen.

Den Vorgaben aus § 78a Abs. 2 WHG steht das Vorhaben nicht entgegen, da die lokal und zeitlich begrenzten Baumaßnahmen den Hochwasserabfluss und die Hochwasserrückhaltung nicht wesentlich beeinträchtigen und somit keine Gefährdung von Leben, Gesundheit oder erhebliche Sachschäden zu befürchten sind. Vor dem Hintergrund, dass die Realisierung des Vorhabens gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 BBPlG aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, erfordern überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahmen.

Für das Vorhaben wird ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt, an dem die zuständige Wasserbehörde beteiligt ist. Eine separate Befreiung gem. § 78a Abs. 2 WHG für die dort ausgeführten Handlungen ist nicht erforderlich.

5.4 Gewässerrandstreifen: Befreiung von einem Verbot (§ 38 Abs. 5 WHG i.V.m. § 23 HWG, § 33 LWG) sowie wasserrechtliche Genehmigung für Anlagen in, an, über oder unter oberirdischen Gewässern (§ 36 WHG i.V.m. § 22 HWG, § 31 LWG)

5.4.1 Errichtung/Änderung von baulichen Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern bzw. im Gewässerrandstreifen

Die beantragte Freileitung überspannt ausgehend von der Umspannanlage (UA) Koblenz bis zum Punkt Marxheim eine Vielzahl von Fließ- und Stillgewässern.

Für die Mehrzahl der Masten ist lediglich eine Umbeseilung geplant. Der Tausch der Leiterseile stellt keine wesentliche Änderung der Bestandsmasten dar.

Einzelne Maste werden demontiert (Mast Nr. 3, 4, 5, 54, 61, 144, 163) und es werden räumlich nah (in bestehender Trasse) Ersatzneubauten gegründet (Mast Nr. 1003, 1004, 1005, 1054, 1061, 1144, 1163). Zudem ist für 37 Bestandsmasten eine Masterhöhung (zum Teil auch in Kombination mit einer Fundamentverstärkung) geplant und es kommt zum temporären Einsatz von drei Baueinsatzkabeln (nahe Mast Nr. 145, 153 und 191). Da es sich bei den Demontagen, Ersatzneubauten und Masterhöhungen um wesentliche Änderungen der Bestandsmasten handelt, ist eine wasserrechtliche Genehmigung bzw. Befreiung nötig, wenn Arbeiten in, an, über und unter oberirdischen Gewässern bzw. im Gewässerrandstreifen durchgeführt werden.

Fließ- und Stillgewässer bzw. deren Gewässerrandstreifen (§ 36 WHG, § 22 HWG, § 31 LWG) können durch Überbauung, Versiegelung oder Verdichtung beeinträchtigt werden, da gem. § 22 Abs. 1 Nr. 1 HWG „Die Errichtung oder wesentliche Änderung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern der Genehmigung bedarf“.

Es werden hiermit für die dauerhafte Errichtung und Änderung von Anlagen für die Masten 3 (Demontage), 77 (Masterhöhung mit Fundamentsanierung) und 205 (Masterhöhung) im Rahmen des Vorhabens Genehmigungen gemäß § 36 WHG i.V.m. § 22 HWG und § 31 LWG RLP beantragt.

Eine Überspannung von Gewässern sowie deren gesetzlichen Gewässerrandstreifen hat keine Auswirkung auf die Gewässereigenschaften (wie Wasserbeschaffenheit, Wassermenge, Gewässerökologie und Hydromorphologie) und führt zu keiner Veränderung der Wasserbeschaffenheit oder des Wasserabflusses.

Tabelle 5-5: Mastbereiche mit Eingriffen innerhalb des Gewässerrandstreifens von Fließ- und Stillgewässern

Mastbereich (Bestand, Demontage, Masterhöhung)	Gewässerbezeichnung	Gewässerkategorie	Bundesland
Nr. 3 (Demontage)	Rhein (2000000000)	Fließgewässer	Rheinland-Pfalz
Nr. 77 (Masterhöhung)	Unbenannte Stillgewässer im Cramberger Quarz-Kieswerk	Stillgewässer	Rheinland-Pfalz
Nr. 205 (Masterhöhung)	Weilbach (249742)	Fließgewässer	Hessen

Details zu den aufgeführten Mastbereichen sind Register 26.3 Kapitel 3.1 zu entnehmen.

Für die oben aufgeführten Bereiche werden Genehmigungen nach § 36 WHG i.V.m. § 22 HWG oder § 33 LWG RLP beantragt.

5.4.2 Gehölzentnahmen im Gewässerrandstreifen

Im Zuge der Einrichtung der Arbeitsflächen kann es zu einem Eingriff in Gewässerrandstreifen von Fließ- und Stillgewässern kommen. Der Gewässerrandstreifen dient gem. § 38 Abs. 1 WHG *„der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen.“* Wird es für die Errichtung der Arbeitsflächen nötig in Bäume und Sträucher einzugreifen, die die zuvor genannte Funktion erfüllen, so führt dies zu einem Verbot gem. § 38 Abs. 4 Nr. 2 WHG. Arbeitsflächen, die auf als Gewässerrandstreifen ausgewiesenen landwirtschaftlichen Flächen errichtet werden, verstoßen hingegen gegen keins der in § 38 Abs. 4 WHG aufgeführten Verbote.

Der Eingriff in standortgerechte Gehölze im Gewässerrandstreifen bedarf einer Befreiung gemäß § 38 Abs. 5 WHG (entsprechend § 23 Abs. 3 HWG bzw. § 33 Abs. 4 LWG) für die in der nachfolgenden Tabelle 5-6 aufgeführten Arbeitsflächen.

Tabelle 5-6: Mastbereiche mit Eingriffen in standortgerechte Gehölze im Gewässerrandstreifen von Fließ- und Stillgewässern

Mastbereich (Bestand, Masterhöhung)	Gewässerbezeichnung	Gewässerkategorie	Bundesland
Nr. 43 (Bestand)	Waldbach (2589432140)	Fließgewässer	Rheinland-Pfalz
Nr. 55 (Bestand)	Graben zum Gossengraben (2589479722)	Fließgewässer	Rheinland-Pfalz
Nr. 96 (Bestand)	Merschelbach (2588914000)	Fließgewässer	Rheinland-Pfalz
Baueinsatzkabel an Mast Nr. 145 (Bestand)	Wörsbach (258748)	Fließgewässer	Hessen
Nr. 205 (Masterhöhung)	Weilbach (249742)	Fließgewässer	Hessen

Details zu den aufgeführten Mastbereichen sind Register 26.3 Kapitel 3.2 zu entnehmen.

Für das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern wird das Verbot des § 38 Abs. 4 Nr. 2 WHG berührt. Von diesem Verbot kann nach § 38 Abs. 5 WHG eine Befreiung erteilt werden, *„wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahme erfordern oder das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führt. Die Befreiung kann aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit auch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden, insbesondere um zu gewährleisten, dass der Gewässerrandstreifen die in Absatz 1 genannten Funktionen erfüllt.“*

Diesbezüglich kann festgestellt werden, dass es sich bei dem Vorhaben Nr. 2 BBPlG um ein Vorhaben handelt, dessen energiewirtschaftliche Notwendigkeit und vordringlicher Bedarf durch § 1 Abs. 1 BBPlG i. V. m. Nr. 1 der Anlage zum BBPlG gesetzlich festgestellt sind. Der

§ 1 Satz 3 NABEG stellt zudem gesetzlich ausdrücklich klar, dass die Realisierung des Vorhabens Nr. 2 BBPlG aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich ist. Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Befreiung nach § 38 Abs. 5 WHG sind somit gegeben.

Hilfsweise ist hinzuzufügen, dass durch die Kleinräumigkeit und den temporären Charakter der Gehölzeingriffe sowie durch die anschließende Wiederherstellung von Gehölzstrukturen in den betroffenen Bereichen (vgl. Vermeidungsmaßnahme V3, Register 18, Anhang A) der Gewässerrandstreifen die Funktionen gemäß § 38 Abs. 1 WHG weiterhin erfüllt. Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Befreiung nach § 38 Abs. 5 WHG sind somit gegeben.

Für die oben aufgeführten Bereiche werden Befreiungen nach § 38 Abs. 5 WHG (entsprechend § 23 Abs. 3 HWG bzw. § 33 Abs. 4 LWG) beantragt.

5.4.3 Weitere Verbotstatbestände gemäß § 38 WHG i.V.m. § 23 HWG und § 33 LWG

Weitere Verbotstatbestände gemäß § 38 WHG i.V.m. § 23 HWG und § 33 LWG sind nicht betroffen.

6 Literatur

BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2023): Kartendienst Geo-Viewer, unter: <https://geoportal.bgr.de> (abgerufen am 03.03.2023).

Fritsche, J.; Hannappel, S.; Leßmann, B.: „Die Erstellung der Hydrogeologischen Übersichtskarte (HÜK 200) in Hessen“, erschienen in Hessischer Umwelt-Monitor 4/03 (<https://www.hlnug.de/fileadmin/dokumente/wasser/hydrogeologie/Umweltmonitor.pdf>)

IFUA – Institut für Umweltanalyse Projekt GmbH. Stammdatentabelle Bl. 4127. Matrix zur Bewertung der Einflussfaktoren Neubau / Fundamentsanierung (2023).

HLNUG – Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (2023a): WRRL-Viewer (digitale Daten), unter: <http://wrll.hessen.de> (abgerufen am 03.03.2023).

HWG – Hessisches Wassergesetz vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 548), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (GVBl. S. 764) geändert worden ist.

LWG RLP – Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz vom 14. Juli 2015 (GVBl. 2015 S. 127), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. April 2022 (GVBl. S. 118) geändert worden ist.

MKUEM – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (2021): Grundwasser Viewer, Grundwasserentnahme/-neubildung, unter: <https://wrll.rlp-umwelt.de/servlet/is/8220/> (abgerufen am 03.03.2023).

RP Darmstadt (1973): Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Wildsachsen, Main-Taunus-Kreis, vom 11.06.1973, Staatsanzeiger für das Land Hessen 24/1973, S. 1080 ff., Darmstadt.

RP Darmstadt (1978): Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen „Pumpwerk Hattersheim I“ und Pumpwerk Hattersheim II“ der Stadt Frankfurt am Main – Stadtwerke, Staatsanzeiger für das Land Hessen 33/1978, S. 1605 ff., Darmstadt.

RP Darmstadt (1986): Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen des Wasserbeschaffungsverbandes Niedernhausen – Naurod, Sitz in Niedernhausen, Rheingau-Taunus-Kreis, vom 24.1.1986, Staatsanzeiger für das Land Hessen 10/1986, S. 470 ff., Darmstadt.

RP Darmstadt (1987): Verordnung zur Feststellung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlagen „Tiefbrunnen Lohmühle I und II“ der Stadt Idstein, Rheingau-Taunus-Kreis, vom 22.7.1987, Staatsanzeiger für das Land Hessen 33/1987, S. 1759 ff., Darmstadt.

RP Darmstadt (1991): Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Hünfelden/Ortsteil Heringen, Landkreis Limburg-Weilburg, vom 10.12.1990, Staatsanzeiger für das Land Hessen 2/1991, S. 94 ff., Darmstadt.

RP Darmstadt (1992): Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Hünfelden/Ortsteil Kirberg, Landkreis Limburg-Weilburg, vom 17.3.1992, Staatsanzeiger für das Land Hessen 16/1992, S. 985 ff., Darmstadt.

- RP Darmstadt (1997a): Verordnung zur Festsetzung von Wasserschutzgebieten für die Trinkwassergewinnungsanlagen „Schürfung I Goßgraben“, „Schürfung II Goßgraben“ und Schürfung IV Kisterborn“ der Gemeinde Hünstetten/Ortsteil Beuerbach, Rheingau-Taunus-Kreis vom 4.11.1996, Staatsanzeiger für das Land Hessen 14/1997, S. 1129 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (1997b): Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlagen „Tiefbrunne 1 und 2“ der Gemeinde Hünstetten/Ortsteil Wallrabenstein, Rheingau-Taunus-Kreis, vom 8.10.1996, Staatsanzeiger für das Land Hessen 4/1997, S. 310 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (1999a): Verordnung zur Festsetzung eines Trinkwasserschutzgebietes für die Tiefbrunnen II und III der Stadt Hofheim in der Gemarkung Wildsachsen, Main-Taunus-Kreis, vom 15.12.1998, Staatsanzeiger für das Land Hessen 16/1999, S. 1185 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (1999b): Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Flachbrunnen II und III der Stadt Hofheim in der Gemarkung Diedenbergen, Main-Taunus-Kreis, 31.3.1999, Staatsanzeiger für das Land Hessen 37/1999, S. 2781 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (2001): Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlagen Quelfassungen „Heideborn“ und „Stockborn“ in Hünfelden-Ohren, Landkreis Limburg-Weilburg, vom 20.8.2001, Staatsanzeiger für das Land Hessen 37/2001, S. 3329 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (2003): Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für den „Tiefbrunnen IV“ der Stadt Eppstein, Gemarkung Niederjosbach, Main-Taunus-Kreis vom 13.2.2003, Staatsanzeiger für das Land Hessen 16/2003, S. 1616 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (2006b): Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für den Tiefbrunnen II „Am Holler“ der Stadt Idstein, Gemarkung Wörsdorf, Rheingau-Taunus-Kreis, vom 14.6.2006, Staatsanzeiger für das Land Hessen 33/2006, S. 1884 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (2007): Verordnung zur Änderung der „Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen, ‘Pumpwerk Hattersheim I’ und ‘Pumpwerk Hattersheim II’ der Stadt Frankfurt am Main – Stadtwerke –, vom 24. Juli 1978“ vom 21.9.2007, Staatsanzeiger für das Land Hessen 52/2007, S. 2778 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (2009a): Verordnung zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes für den Brunnen III „Hirschborn“ des Wasserbeschaffungsverbandes Niedernhausen/Naurod, Gemarkung Oberjosbach, Rheingau-Taunus-Kreis, vom 17.11.2008, Staatsanzeiger für das Land Hessen 4/2009, S. 292 ff., Darmstadt.
- RP Darmstadt (2009b): Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlagen Brunnen I und II „Bremthal“ der Stadt Eppstein, Gemarkung Bremthal, Main-Taunus-Kreis, vom 24.6.2009, Staatsanzeiger für das Land Hessen 46/2009, S. 2616 ff., Darmstadt.

RP Darmstadt (2010a): Verordnung zur Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Stadt Wiesbaden“ und zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Mainauen“ vom 24. September 2010, Darmstadt.

RP Darmstadt (2010b): Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Brunnen III „Im Langenbachtal“ der Gemeinde Hünstetten, Gemarkung Wallrabenstein, Rheingau-Taunus-Kreis, vom 26.10.2009, Staatsanzeiger für das Land Hessen 7/2010, S. 286 ff., Darmstadt.

RP Darmstadt (2015): Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlage Tiefbrunnen Tiergarten der Stadtwerke Idstein, Gemarkung Idstein, Stadt Idstein, Rheingau-Taunus-Kreis, vom 16.10.2015, Staatsanzeiger für das Land Hessen 48/2015, S. 1208 ff., Darmstadt.

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (2007): Rechtsverordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes in der Gemarkung Hübingen in der Verbandsgemeinde Montabaur – Westerwaldkreis – zugunsten der Verbandsgemeinde Montabaur, Konrad-Adenauer-Platz 8, 56410 vom 21. Mai 2007, Koblenz.

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (2008): Rechtsverordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes in den Gemarkungen Welschneudorf, Hübingen und Gackenbach, Landkreis Westerwald, zugunsten der Verbandsgemeinde Montabaur, Konrad-Adenauer-Platz 8, 56410 Montabaur, vom 31. Oktober 2008, Koblenz.

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (2013): Rechtsverordnung über die Festsetzung eines Heilquellenschutzgebietes in den Gemarkungen Bad Ems, Dausenau, Kemmenau, Arzbach, Fachbach, Frücht, Nievern, Sulzbach, Oberlahnstein (Rhein-Lahn-Kreis) und der Gemarkung Welschneudorf (Westerwaldkreis) zugunsten der Staatsbad Ems GmbH, Römerstraße 1, 56130 Bad Ems, vom 27. Februar, Koblenz.

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (2019): Rechtsverordnung über die Festsetzung des Wasserschutzgebietes „Koblenz-Urmitz“ in den Gemarkungen Kesselheim, Bubenheim, Neuendorf, Wallersheim und Metternich, Stadt Koblenz, St. Sebastian, Kaltenengers und Urmitz, Verbandsgemeinde Weißenthurm/Landkreis Mayen-Koblenz – zugunsten des RheinHunsrück Wasser Zweckverbandes, Gallscheider Straße 1, 56281 Dörth und der Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH, Peter-Altmeier-Ufer 50, 56068 Koblenz, vom März 2019, Koblenz.

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Montabaur (2023): Rückmeldung per E-Mail durch Herrn Roeff, bezüglich der fehlenden Schutzgebietsverordnungen der WSG „Kunzbach 2 und 3“ (403220133), WSG „Stollen Geilnau“ (403260582) und WSG „Holzappel, Stollen Scheidt“ (403261057), vom 20. April 2023.

WHG – WASSERHAUSHALTSGESETZ (2009): Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.